

Gedenken an Sinti und Roma

Ingolstadt – An der Mahn- und Gedenkstätte im Luitpoldpark versammelten sich am Dienstag Ingolstädter, um der Ermordung von Frauen, Männern und Kindern im Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau zu erinnern. Der 2. August ist der europäische Holocaust-Gedenktag für Sinti und Roma und bezieht sich auf die Nacht von Porajmos – die Nacht des Verschlingens, in der dort alleine 4300 Sinti und Roma getötet wurden. Heute trete Antiziganismus wieder zunehmend in Erscheinung, sagte Bürgermeisterin Petra Kleine und versicherte: „Es wird auch den neuen Rechten nicht gelingen, unsere Gesellschaft zu spalten und Minderheiten an den Rand oder gar rauszudrängen!“ Die Einrichtung der Anti-Diskriminierungsstelle werde noch in diesem Jahr beginnen, kündigte Kleine an. Eine „Blaue Stele“ im Luitpoldpark zeigt Maria Herzenberger, verheiratete Roché. Ihre Urenkel Ramona und Manfred Roché waren bei der Gedenkfeier anwesend und erzählten von ihrer Großmutter Gertrud Roché, die den Genozid überlebte und von 1946 bis 2021 in Ingolstadt lebte. *smr*



Der europäische Holocaust-Gedenktag für Sinti und Roma wurde am Dienstag im Luitpoldpark begangen. Mit dabei Bürgermeisterin Petra Kleine (rechts) sowie Ramona und Manfred Roché, Urenkel der ermordeten Maria Herzenberger. Foto: Schattenhofer

STADTGEFLÜSTER

Auf einen Espresso am Union Lido!

Nein, wir möchten keinen Eilbrief aufgeben – und in einen Schnellzug wollen wir schon gar nicht einsteigen! Im August 1983 war es, als unsereins in einer Kleinstadt mitten auf Sizilien einen Espresso orderte – in der Hoffnung, den berühmten italienischen Kaffee zu bekommen. Mit dieser Bestellung ernteten wir aber nur verständnisloses Kopfschütteln. Seither haben wir uns geschworen, nie mehr Espresso für den kleinen Kaffee zu sagen. Auch wenn das Heerscharen von Ingolstädtern, Manchingern oder Köschingern seit Jahrzehnten so tun – am Gardasee, in Carrara oder am Union Lido.

Sie wissen es vielleicht: Dieser legendäre Camping-Platz der damaligen Auto Union in Bella Italia zieht unzählige Audianer (und auch viele andere Schanzer) magisch an – und das seit fast 70 Jahren. Apropos: Union Lido ist der erste Fünf-Sterne-Themen-Campingplatz in Europa und hat einen eigenen Strand am adriatischen Meer ganz in der Nähe von Venedig. „Seit 1955 ist Union Lido Synonym für Träume und Emotionen“, heißt es so schön in der Online-Werbung. Che bello! Aber zurück ins triste Ingolstadt: Hier läuft momentan das bekannte Carrara-Weinfest auf dem Rathausplatz. Toskanisches Flair und italienische Gaumenfreuden sind garantiert. Eine knusprige Pizza und ein Gläschen Wein – einfach herrlich. Aber merke: Zu Pizza und Pasta passt mittlerweile auch Bier. Wer das nicht glaubt, muss tief nach Italien reisen. Und er wird feststellen: Die italienische Jugend liebt mittlerweile die Kombination aus Pizza und Bier.

Ach ja, dann wär da noch die Sache mit dem Espresso. „Caffè“ heißt das kleine Heißgetränk in Mittel- und Südtalien kurz und bündig. Aber wir wollen an dieser Stelle kein Besserwisser sein: Beim Italiener um die Ecke kann man natürlich weiterhin einen Espresso bestellen – und bekommt prompt die bekannte kleine Tasse Kaffee. *khh*

Gartenanlage: Einbruchserie

Oberhaunstadt – Die Polizei sucht Zeugen für eine Reihe von Einbrüchen in der Kleingartenanlage „Am alten Bad“ in Oberhaunstadt. Im Zeitraum von Sonntagnachmittag bis Montagvormittag wurde in dem Ingolstädter Stadtteil in insgesamt rücken Parzellen eingebrochen und dabei verschiedene Werkzeuge entwendet. Eine genaue Aufstellung über die entwendeten Gegenstände beziehungsweise die Schadenshöhe liegt allerdings noch nicht vor. Alle Personen, die verdächtige Beobachtungen gemacht haben, werden gebeten, sich unter der Telefonnummer (0841) 93 43 22 22 mit der Polizeiinspektion Ingolstadt in Verbindung zu setzen. *DK*

MORGEN LESEN SIE



Vorzeige-Objekt am Waldrand

Das Bettbrunner Forsthaus soll ein Vorzeige-Objekt werden und beweisen, „wie gut, schön und nachhaltig man mit Holz bauen kann“. Foto: Schoch

Ambulante Pflege bald ein Pflegefall?

Enorm gestiegene Energie- und Betriebskosten bringen private Anbieter ins Straucheln

Von Ruth Stücker

Ingolstadt – Private Pflegedienste schlagen Alarm: Weil sich die Pflege- und Krankenkassen in Bayern weigern, die enorm gestiegenen Energie- und Betriebskosten für ambulante Pflegedienste zu refinanzieren, fürchtet der Arbeitskreis Privater Pflegevereinigungen, dass die pflegerische Versorgung vielerorts zum Erliegen kommen könnte. Allein die explodierenden Benzinpreise und die hohe Inflationsrate habe zu einer dramatischen Sachkostensteigerung von rund 14 Prozent geführt. Das sei mit den derzeitigen Vergütungen nicht refinanzierbar. Angesichts laufender Vergütungsverhandlungen fordert der Arbeitskreis – ein Zusammenschluss von sechs Pflegeverbänden in Bayern – den Bayerischen Gesundheitsminister Klaus Holetschek (CSU) auf, auf die Pflegekassenverbände einzuwirken und „dafür Sorge zu tragen, dass die ambulante Pflege nicht wegbricht“.

Benzinkosten haben sich mehr als verdoppelt

„Wo sollen wir das Geld hernehmen?“, fragt Christian Ponzer, der in Gaimersheim seit 1996 einen gleichnamigen privaten Pflegedienst betreibt. Ponzers Dienst versorgt Menschen im Raum Gaimersheim, Hitzhofen und Ingolstadt bis hin nach Baar-Ebenhausen und Manching im Kreis Pfaffenhofen. Lag der Unterhalt für seine 15 Dienstfahrzeuge im Mai 2020 noch bei knapp 1500 Euro, stieg er ein Jahr später im selben Monat schon auf über 2400. Im Mai dieses Jahres musste der Pflegedienst knapp 3100 Euro Benzinkosten berappen. Die Energiekosten stiegen von rund 4800 Euro in der Abrechnung 2018/2019 auf 5300 in der Abrechnung des darauffolgenden Jahres. Und das war noch, bevor



Zur Belastung der Pflegedienste durch die Corona-Pandemie kommen noch finanzielle Sorgen dazu. Beim Pflegedienst Ponzer etwa haben sich allein die Benzinrenten mehr als verdoppelt. Foto: Hammer

die Preise in Anbetracht des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine sprunghaft nach oben schnellten. Als es bei den Verhandlungen mit den Kostenträgern im vergangenen Oktober um das Thema Benzinpreis ging, soll der Satz gefallen sein: „Schickt’s eure Mitarbeiter doch mit dem Fahrrad zu den Kunden“, erzählt Ponzer. Angesichts seines ländlichen Einzugsgebietes und des engen Zeitplanes der Pflegenden unmöglich.

Die Dachverbände der Pflegedienste müssen die Vergütungen mit den Kostenträgern jedes Jahr neu aushandeln. Immer fürs darauffolgende Jahr. Bei Gesprächen über die Refinanzierung der enormen Preissteigerungen sei das Ergebnis auf beiden Seiten gleich Null gewesen, heißt es von Seiten der Pflegeverbände. Als im vergangenen Jahr die derzeitigen Vergütungen ausgehandelt worden seien, habe die Preisentwick-

lung bei den Sachkosten niemand voraussehen können, kritisiert Kai A. Kasri, Landesvorsitzender des Bundesverbandes privater Anbieter sozialer Dienste (bpa). „Trotzdem bestreiten die Kassen diese Entwicklung und lehnen Verhandlungen zur Refinanzierung ab“, so Stefanie Renner, stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Berufsverbandes für Pflegeberufe (DBfK) Südost. Die von Wohlfahrtsverbän-

den betriebenen Pflegediensten sehen die Lage etwas gelassener. Auch hier seien die Pkw-Kosten um rund 1000 Euro pro Monat gestiegen, wie Alexandra Rieß, Geschäftsführerin der Caritas-Sozialstation Ingolstadt sagte. Sie hofft aber auf noch anstehende weitere Verhandlungen. In der Tagespflege, sagt sie, seien ihnen die Kostenträger „sehr wohl entgegengekommen“.

Bis zu 30 Prozent überlegen ihren Betrieb einzustellen

Auch vor dem Hintergrund der ab September geltenden Tariflohnpflicht benötigen die ambulanten Pflegedienste Planungssicherheit. „Wir verstehen die ablehnende Haltung nicht, die die Pflege- und Krankenkassen den privaten Pflegediensten entgegenbringen“, sagt Pflegedienst-Chef Ponzer, Landesvorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft Hauskrankenpflege (B.A.H.). Gabriele Obermaier, Vorstandsmitglied des Landesverbandes Deutscher Alten- und Behindertenhilfe (VDAB), verweist auf ihre Beratungen bei Pflegediensten: Bis zu 30 Prozent der Pflegedienste überlegten danach, ihren Betrieb einzustellen. „Dann werden es pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen noch schwerer haben, eine angemessene häusliche Versorgung zu organisieren.“

Die Arbeitsgemeinschaft der Pflegekassen in Bayern (ARGE) verweist auf Anfrage unserer Zeitung auf derzeit mit den privaten Verbänden in der Pflege laufende Vergütungsverhandlungen. „Die neuen Vergütungen sollen ab Januar 2023 gelten. Neben gestiegenen Personalkosten werden dabei auch Preissteigerungen etwa durch höhere Energie- und Sachkosten betrachtet und bewertet.“ Zumindest fürs nächste Jahr scheint eine Lösung also in Sicht. *DK*

Kasse zahlt Stromkosten für Hilfsmittel

Ingolstadt – Was viele nicht wissen: Wer mit Strom betriebene ärztliche Hilfsmittel braucht, kann sich die Stromkosten dafür von seiner Krankenkasse erstatten lassen. Das gilt für CPAP-Geräte bei Schlafapnoe genau so wie für Inhalatoren, Elektrorollstühle oder Wechseldruckmatratzen, um einige Beispiele zu nennen. Treppenlifte gehören nicht dazu. Voraussetzung ist, dass das Hilfsmittel ärztlich verordnet wurde. Je nach

Krankenkasse wird entweder eine Pauschale gezahlt oder anteilig nach Verbrauch abgerechnet. Eine einheitliche Regelung gibt es nicht.

Die Regelung geht auf ein Urteil des Bundesgerichtshofes im Februar 1997 zurück. Damals hatte der BGH entschieden, dass der Anspruch auf Versorgung mit Hilfsmitteln nach § 33 SGB V auch die für den Betrieb nötige Energie einschließt. Die Krankenkasse muss also nicht nur die An-

schaffung und Instandhaltung finanzieren, sondern auch die Stromversorgung. Sollte die Kasse die Übernahme der Stromkostenerstattung verweigern, rät das Internetportal mitpflegeleben.de der Johanner-Unfallhilfe dazu, Widerspruch einzulegen. Die Kostenerstattung kann rückwirkend für bis zu vier Jahre eingefordert werden.

Informationen zu diesem und anderen Themen geben auch Pflegestützpunkte. *DK*

Einrichtungsbezogene Impfpflicht: 190 Beschäftigte reagierten nicht

Ingolstadt – Das Wirrwarr um die einrichtungsbezogene Impfpflicht geht weiter: Wie die Pressestelle am Dienstag mitteilte, erstellt das städtische Gesundheitsamt aktuell keine neuen Bescheide mehr. Es folgt damit einer neuen Empfehlung des bayerischen Gesundheitsministeriums.

Bundestag und Bundesrat hatten im Dezember 2021 beschlossen, dass Beschäftigte

von Kliniken, Pflegeheimen und ähnlichen Einrichtungen bis zum 15. März einen Nachweis als Geimpfte oder Genesene vorlegen. Daraufhin wurden in Ingolstadt rund 650 Personen, die von der einrichtungsbezogenen Impfpflicht betroffen sind, vom städtischen Gesundheitsamt gebeten, Impfo- oder Genesenenachweise, Bestätigungen über die Teilnahme an einem Impfbera-



Teil-Impfpflicht: Das Wirrwarr geht weiter. Foto: dpa

tungsgespräch sowie ärztliche Atteste bei Kontraindikation gegen die Covid-19-Impfung vorzulegen. Auf Nachfrage des DK teilte die Stadt jetzt mit, rund 190 Personen hätten bisher nicht auf die Schreiben reagiert; sie wurden im Juli nun per förmlichem Bescheid aufgefordert, innerhalb von vier Wochen Nachweise vorzulegen. Ende Juli allerdings hat das Bayerische Staatsministerium

für Gesundheit und Pflege den Gesundheitsämtern mitgeteilt, dass derzeit Rechtsfragen zum Vollzugsverfahren gerichtlich geklärt würden. Es wurde daher empfohlen, bis auf Weiteres keine neuen Bescheide zur Vorlageaufforderung zu erstellen. Das Gesundheitsamt Ingolstadt folgt dieser Empfehlung. Bisher ausgestellte Bescheide blieben allerdings bestehen, heißt es. *smr*